



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Stadtentwicklung und
Umwelt

11. September 2024

Sitzung des Stadtrates am 25.09.2024

**Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum straßenbegleitenden Radweg
Magdeburger Chaussee**

Vorlagen Nummer: VIII/2024/00264

TOP:10.3

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Für die Planung des Weges entlang der L 50 außerhalb der Ortsdurchfahrt Halle ist die Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt (LSBB) Straßenbaulastträger. Der Saalekreis ist hier nicht zuständig. Notwendige Abstimmungen mit der LSBB sind im Rahmen der Planungen zu dem bereits von der Stadt Halle (Saale) realisierten Abschnitt erfolgt.

Unstreitig sind separate regelkonforme Anlagen für den Fuß- und Radverkehr für beide Fahrtrichtungen auch von der Straße An der Saalebahn bis zur Binnenhafenstraße notwendig. Neben den Verkehrsbeziehungen mit den Umlandgemeinden würde damit auch die Erschließung der angrenzenden Einrichtungen, Geschäfte und Industriebetriebe verbessert. Folgerichtig ist der Ausbau des Abschnitts zwischen Binnenhafenstraße und An der Saalebahn weiterhin vorgesehen. Für die Finanzierung könnten zukünftig verschiedene Förderprogramme des Landes in Betracht gezogen werden, sofern und sobald diese zur Verfügung stehen.

Aufgrund des derzeit vergleichsweise geringen Radverkehrsaufkommens und des geringen Potentials in diesem Bereich wird dieses Projekt jedoch unter Beachtung des erheblichen gesamtstädtischen Bedarfs gegenwärtig nicht als vorrangig eingestuft. Die Stadtverwaltung hat in den letzten Jahren vorrangig an der Planung und Umsetzung der bereits bekannten und priorisierten/vom Stadtrat beschlossenen Radverkehrsanlagen gearbeitet, um Verzögerungen in diesen Projekten zu vermeiden. Diese beanspruchen derzeit die verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen.

Unabhängig davon, prüft die Stadtverwaltung derzeit die Möglichkeiten durch verkehrsorganisatorische Maßnahmen und geringfügige bauliche Änderungen, um Verbesserungen für den Radverkehr zu erzielen. Über das Ergebnis soll der Planungsausschuss Anfang 2025 informiert werden.

René Rebenstorf
Beigeordneter